

### Würdigen und Gedenken

20 Jahre friedliche Revolution, demokratischer Neubeginn und deutsche Einheit

2009/2010 jähren sich zum 20. Male die Umbrüche in Europa, der Sieg von Freiheit und Demokratie in Mitteleuropa, das Ende des Kalten Krieges – und in Deutschland die friedliche Revolution, der demokratische Neubeginn in den ostdeutschen Kommunen und Ländern sowie die deutsche Einheit. Diese Ereignisse haben Deutschland und Europa verändert. Damit die Jubiläen in zwei bzw. drei Jahren angemessen begangen werden können, wird es nötig sein, eine entsprechende Konzeption schon heute zu bedenken und die notwendigen Entscheidungen vorzubereiten bzw. zu treffen.

Gedenktage sind Gelegenheiten der Selbstvergewisserung. An ihnen wird ein nationales Selbstverständnis deutlich und symbolisch dargestellt. Gesellschaften brauchen einen breiten und differenzierten Diskurs darüber, welche Ereignisse in ihrer Geschichte welche Bedeutung haben und wie sie angemessen begangen werden können. Erst nach und nach wächst ein Konsens, der tragfähig ist und ein gemeinsames Selbstverständnis ausdrückt. Noch immer herrscht in Bezug auf bestimmte Ereignisse aus den Jahren 1989/90 dieser Konsens nicht. Jedoch sind wir bereits deutlich weiter, als noch 1999/2000, als wir die 10. Jahrestage begingen.

In den vergangenen Jahren ist die öffentliche Debatte über die kommunistische Vergangenheit vorangekommen. Zahlreiche Berichte in den Medien, Bücher sowie Kino- und Fernsehfilme belegen nach wie vor ein großes Interesse breiter Bevölkerungsschichten. Auch die wissenschaftliche Forschung hat Neues hervorgebracht.

Der Prozess von friedlicher Revolution und deutscher Einheit ist nicht vorstellbar ohne seine lange Vorgeschichte, sowohl der deutsch-deutschen bzw. internationalen Rahmenbedingungen wie auch der demokratischen Opposition in der DDR. Deshalb ist es wesentlich, daran zu erinnern, dass die stabile und anerkannte Demokratie der alten Bundesrepublik (2009 – 60 Jahre Grundgesetz!) sowie die Ost- und Entspannungspolitik der sozial-liberalen Koalition seit 1969 (2009 – 40 Jahre!) zu den wesentlichen Voraussetzungen dieses Prozesses gehören!

Die 15 Monate vom Sommer 1989 bis zum 3. Oktober 1990 waren so schnelllebig, dass sie im Bewusstsein der meisten Menschen zu *einem* punktuellen Geschehen zusammenschmelzen. Damit besteht die Gefahr, den jeweiligen sehr unterschiedlichen Ereignissen in dieser brisanten Zeit in ihrer Bedeutung und Tragweite nicht gerecht zu

werden. Die Erinnerung an die Ereignisse in den Jahren 1989 und 1990 bedarf einer differenzierten Gestaltung. Jede Phase und jedes Ereignis muss in seiner Besonderheit erfasst werden, um für das Gedenken die angemessene Form zu finden und die richtigen Schwerpunkte zu setzen. Deshalb braucht es ein stimmiges Gesamtkonzept, das den gesamten Zeitraum vom Frühjahr 2009 bis zum Oktober 2010 umfasst.

Es ist in besonderer Weise wichtig, die Beziehung von Freiheit und Einheit ins rechte Verhältnis zu setzen, hört man doch beispielsweise noch allzu oft, dass die Ostdeutschen die Freiheit der Einheit zu verdanken hätten. Wir wissen jedoch, dass die historischen Zusammenhänge anders sind: Erst wurde die Diktatur in der DDR überwunden und die so gewonnene Freiheit ermöglichte den Prozess der deutschen Einheit – weil die Menschen in der DDR es in überwältigender Mehrheit wollten!

### **Freiheit führte zur Einheit**

Da ist zunächst die **friedliche Revolution in der DDR** – und diese gehört in den Kontext des Kampfes um Freiheit und Demokratie in Polen, Ungarn und der Tschechoslowakei. Die Opposition in der DDR formierte sich neu und suchte verstärkt die Öffentlichkeit. Eine Auswanderungswelle destabilisierte die Herrschaft der SED; Ungarn, die Tschechoslowakei und Polen ließen sich nicht mehr von der SED dirigieren und öffneten die Schleusen. Aus Friedensgebeten in Kirchen wurden vielfach Demonstrationen, so in Berlin, Leipzig, Magdeburg, Dresden, Halle, Potsdam und vielen anderen Städten. Das SED-Regime reagierte zunächst mit Gewalt und Restriktionen. Die Menschen in der DDR ließen sich jedoch nicht einschüchtern, sondern trotzten den Machthabern Stück für Stück Zugeständnisse ab, die letztlich die SED-Diktatur zum Einsturz brachte. Wie in Polen, Ungarn und der Tschechoslowakei ertrotzten die DDR-Bürger sich selbst die Freiheit!

Es folgte die Zeit der **Runden Tische**. Die Allmacht der SED war gebrochen. Bürgerkomitees beendeten die Arbeit der Staatssicherheit. Die vormals Entmündigten suchten nach Möglichkeiten konkreter Umgestaltung und begannen, das politische und gesellschaftliche Leben in der Übergangszeit selbst in die Hand zu nehmen. Der Zentrale Runde Tisch handelte das Wahlgesetz aus und bereitete so den Weg zur parlamentarischen Demokratie. Vergleichbares geschah in den Bezirken und vielen Kommunen.

Die **ersten freien Wahlen am 18. März 1990** waren stark vom Willen der großen Mehrheit der DDR-Bevölkerung zu einer schnellen deutschen Einheit bestimmt. Die gewählte Regierung und die Volkskammer mussten einerseits demokratische Prinzipien konsequent in allen Bereichen durchsetzen und andererseits die Vereinigung Deutschlands vorbereiten. Innerhalb weniger Monate wurden zwischen beiden deutschen Regierungen umfangreiche Vertragswerke zur Einheit ausgehandelt und verabschiedet. Hinzu kamen die Verhandlungen mit den ehemaligen Alliierten in den 2+4-Gesprächen zur vertraglichen Regelung der Souveränität des vereinten Deutschland mit der endgültigen Festlegung der deutsch-polnischen Grenze.

Durch den Beitrittsbeschluss der frei gewählten Volkskammer kam es am **3. Oktober 1990 zur deutschen Einheit**.

Mit den ersten freien **Kommunalwahlen in Ostdeutschland am 6. Mai 1990** wurde in den Städten und Gemeinden die kommunale Selbstverwaltung eingeführt. Am **14. Oktober 1990** erfolgten in den ostdeutschen Ländern die **ersten Landtagswahlen**. Damit war der **Neubeginn der Demokratie in Ostdeutschland auf allen Ebenen** durchgesetzt.

Diese sehr verschiedenen Meilensteine im historischen Prozess müssen in ihrer jeweiligen spezifischen Bedeutung erinnert werden. Eine Konzentration allein auf Mauerfall und Einheit würde den historischen Abläufen nicht gerecht.

### **Im Einzelnen:**

Im Folgenden sind solche Ereignisse der Jahre 1989/90 genannt und kurz erläutert, die als herausgehobene Meilensteine der Entwicklung gelten müssen. Außerdem werden jeweils erste Vorschläge unterbreitet, wie sie in geeigneter und angemessener Weise begangen werden könnten.

#### **7. Mai 1989: erstmals Wahlbetrug nachgewiesen**

Am 7. Mai 1989 wurden in der DDR Kommunalwahlen abgehalten. Laut offiziellen Angaben haben 98,5 Prozent für die Einheitslisten der „Nationalen Front“ gestimmt. Erstmals gelang es aber unabhängigen Initiativen, den in der DDR üblichen Wahlbetrug nachzuweisen. Der öffentliche Protest gegen die Wahlfälschungen verstummte seitdem nicht.

Vorschlag: Veranstaltung der Stiftung Aufarbeitung in Kooperation mit anderen

#### **27. Juni 1989: Der Eiserne Vorhang bekommt Risse**

Am 27. Juni 1989 zerschnitten die Außenminister von Ungarn und Österreich in einem gemeinsamen symbolischen Akt den Stacheldraht an der ungarisch-österreichischen Grenze. Die Massenflucht von DDR-Bürgern über Ungarn begann. Zwei Monate später, am 19. August, nutzten fast 1.000 DDR-Bürger ein „Paneuropäisches Picknick“ zur Flucht. Die Fluchtbewegung nahm nun ein riesiges Ausmaß an. Am 30. September 1989 erhielten die über 6.000 DDR-Bürger, die sich auf dem bundesdeutschen Botschaftsgelände in Prag aufhielten, die Erlaubnis, in Sonderzügen über das Territorium der DDR (Dresden) in den Westen auszureisen.

Vorschlag: Festakt im Juni und September mit ungarischen bzw. tschechischen/slowakischen Gästen: „Deutschland sagt Danke.“

#### **August bis Oktober 1989: Die demokratische Opposition bricht auf**

Zwischen August und Oktober 1989 gingen in der DDR verschiedene neugegründete demokratische Initiativen an die Öffentlichkeit:

Bereits am 26. August 1989 wurde der Aufruf zur Gründung der SDP (Sozialdemokratischen Partei) veröffentlicht; am 7. Oktober wurde die Partei dann in Schwante bei Berlin gegründet.

Am 9. und 10. September formierte sich das „Neue Forum“ als unabhängiges oppositionelles Forum zum Gespräch über die demokratische Umgestaltung der DDR.

Am 15. September gründete sich „Demokratie Jetzt“ und im Oktober der „Demokratische Aufbruch“.

Vorschlag: Gedenkveranstaltungen in Eigenregie der jeweiligen Parteien, politischen Stiftungen und Gruppen.

### **9. Oktober 1989: Tag der friedlichen Revolution**

Bereits seit dem 4. September fanden in Leipzig „Montagsdemonstrationen“ statt, die sich bald auch auf andere Städte ausweiteten. Am Wochenende des 7. und 8. Oktober 1989 kam es in Berlin und vielen anderen Städten der DDR zu Protesten Tausender, die brutal niedergeschlagen wurden. Die Lage spitzte sich zu. Am Montag, dem 9. Oktober 1989, demonstrierten in Leipzig 70.000 Menschen – so viele, wie auf keiner Demo zuvor. Die in Leipzig, Magdeburg u.a. Orten aufgebotenen Sicherheitskräfte zogen sich zurück – es wurde nicht geschossen! Von diesem Tag an schien sicher, dass in der DDR demokratische Strukturen durchgesetzt werden können.

#### Vorschläge:

1. Schon die Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages zur Aufarbeitung der DDR-Geschichte hat als Erinnerungstag für die friedliche Revolution den 9. Oktober vorgeschlagen: „Erinnerungstag an die Oppositionsbewegung in der DDR und die Überwindung der SED-Diktatur durch die Bevölkerung der DDR im Herbst 1989.“ Der Bundespräsident wird gebeten, diesen Gedenktag einzurichten.
2. Festakt des Bundespräsidenten zum „Tag der friedlichen Revolution.“ An diesem Tag sollten der friedliche Kampf der neuen demokratischen Gruppierungen, die Aktivitäten der Kirchen und die Massendemonstrationen im Vordergrund stehen, denn sie stürzten die Diktatur in der DDR.
3. Anregung eines Gedenkmarsches an die friedliche Revolution an historischen Orten in Leipzig u.a. Städten unter Beteiligung aller gesellschaftlichen Gruppierungen, die damals aktiv waren.

### **9. November 1989: Mauerfall**

Konzeptionell gehört das Gedenken an den Mauerfall am 9. November 1989 in den Kontext der europäischen Herbstrevolutionen von 1989. Die Mauer ist im Zuge der Herbstrevolution von innen zu Fall gebracht worden. Ihr Fall wurde zum Fanal für das Ende des Kommunismus, des Kalten Krieges und für den Sieg von Freiheit und Demokratie in ganz Europa.

Vorschlag:

1. Festakt im Kanzleramt; Einladung von Regierungschefs unserer ostmitteleuropäischen Nachbarn und Partner – insbesondere der Polen, Tschechen, Slowaken und Ungarn –, um die europäische Dimension des Ereignisses zu unterstreichen.
2. Großkundgebung am Brandenburger Tor – Abend der Begegnung

**7. Dezember 1989: Der Zentrale Runde Tisch als Wegbereiter des Parlamentarismus**

Am 7. Dezember konstituierte sich in Berlin der Zentrale Runde Tisch. Das Gremium wollte sich „mit Vorschlägen zur Überwindung der Krise an die Öffentlichkeit wenden“ und verlangte von der Regierung die Einbeziehung in wichtige Entscheidungen. Die Runden Tische – auch jene in den Bezirken, Kreisen und Städten – machen deutlich, dass unzählige Menschen im ganzen Land nicht nur auf die Straße gingen, sondern sich auch an der aktiven Umgestaltung der Strukturen von Staat und Gesellschaft beteiligten. Die Runden Tische waren darüber hinaus ein wesentliches Strukturelement auf dem Weg zu freien Wahlen und damit zur parlamentarischen Demokratie.

Vorschlag: Veranstaltung des Deutschen Bundestages aus Anlass der Konstituierung des Zentralen Runden Tisches: Einladung der Teilnehmer und Moderatoren des Zentralen Runden Tisches sowie von regionalen Runden Tischen der Bezirke und Kommunen.

**15. Januar 1990: Besetzung der MfS-Zentrale**

Eine Demonstration vor der MfS-Zentrale in Berlin-Lichtenberg endete mit der Erstürmung des Gebäudes; Bürgerkomitees zur Auflösung des MfS bildeten sich. Bereits seit Anfang Dezember 1989 besetzten Bürgerrechtlicher Bezirks- und Kreisdienststellen des MfS, um die Aktenvernichtung zu verhindern. Am 13. Januar 1990 beschloss der Ministerrat auf Druck der Bürgerkomitees und der Runden Tische, die Nachfolgeinstitution des MfS - das Amt für Nationale Sicherheit (AfNS) - ersatzlos aufzulösen.

Vorschlag: Konferenz der BStU und der Stiftung Aufarbeitung, möglicherweise mit europäischer Dimension .

**18. März 1990: Erste freie Wahlen zur Volkskammer der DDR**

Am 18. März wählten die Bürgerinnen und Bürger erstmals in freier Wahl ihr Parlament. Das Parlament gestaltete den Aufbau einer demokratischen Gesellschaft und eines Rechtsstaates und bereitete den parlamentarischen Weg zur deutschen Einheit.

Vorschlag: Sondersitzung des Deutschen Bundestages, um den parlamentarischen Neuanfang in Ostdeutschland zu würdigen.

**6. Mai 1990: Erste freie Kommunalwahlen in der DDR**

Vorschlag: Eigenregie der Kommunen.

- + Angeregt wird, auf kommunaler Ebene diese gesamte Zeit durch Projektwochen der Schulen, Ausstellungen etc. vorzubereiten und zu begehen, wobei gerade auch auf die konkreten lokalen und regionalen Aktivitäten und Ereignisse dieser Zeit Bezug genommen werden sollte.
- + In einem Zug der Deutschen Bahn könnte eine **Ausstellung zum Neubeginn der Demokratie in Ostdeutschland** durch viele Städte Ostdeutschlands fahren – Mai bis Okt. 2010 (Kooperation Bundeszentrale Politische Bildung / Stiftung Aufarbeitung / DHM / D-Bahn AG)

### **18. Mai 1990/1. Juli 1990: Staatsvertrag zur Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion**

Der Staatsvertrag zur Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion vom 18. Mai 1990 war einer der drei großen Vertragswerke, die die deutsche Einheit vorbereiteten. Durch ihn wurde die Voraussetzungen geschaffen, am 1. Juli 1990 in der DDR die DM einzuführen.

Vorschlag: Debatte im Deutschen Bundestag, um an die Einführung der DM in der DDR zu erinnern und den Mut der damaligen Entscheidungen zu würdigen, ohne die damit verbundenen Fragen und Probleme zu verschweigen -  
oder alternativ: Konferenz zum gleichen Thema; Veranstalter: Bundesbank und Bundesregierung

### **12. September 1990: „2+4-Vertrag“**

Am 12. September 1990 unterzeichneten die Außenminister der Bundesrepublik Deutschland und der DDR sowie der ehemaligen Alliierten des Zweiten Weltkrieges den „2+4-Vertrag“. Damit erhielt Deutschland die volle Souveränität.

Vorschlag: Festakt des Auswärtigen Amtes im Berliner Schloß Schönhausen, wo im Juni die zweite Runde der Außenminister tagte, um ausländischen Gästen, den damals beteiligten Ländern und den europäischen Nachbarn für ihren Beitrag zur deutschen Einheit zu danken.

### **3. Oktober 1990: Tag der deutschen Einheit**

Mit dem Beitritt der DDR zum Geltungsbereich des Grundgesetzes wurde Deutschland wiedervereinigt. Bereits am 23. August hatte die Volkskammer den Beitritt zum 3. Oktober beschlossen; am 31. August wurde der Einigungsvertrag zwischen der DDR und der Bundesrepublik unterzeichnet.

Vorschlag: Einladung der Nachbarn Deutschlands zu den Einheitsfeiern – ein „Europäisches Familienfest“. Dazu gehören nicht nur die Länder, welche wie Ostdeutschland 1989/90 die Freiheit errungen haben, sondern auch jene, die seit Jahrzehnten versöhnt und in guter Nachbarschaft mit der alten Bundesrepublik lebten.